

Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Planen und Bauen der Stadt Wilhelmshaven am
Dienstag, 25. April 2023, 15:00 Uhr, Ratssaal , Nr. 4/2023

Anwesend:

APB:

Beigeordneter Detlef Schön	Vorsitzender
Ratsherr Kristian Stoermer	
Ratsherr Norbert Brandt	
Ratsfrau Astrid Zaage	
Ratsherr Dr. Günther Schulte	
Ratsfrau Petra Stomberg	
Beigeordneter Andreas Tönjes	
Ratsherr Olaf Fischer	
Ratsfrau Christiane Seyffer	
Ratsherr Stefan Becker	Ratsvorsitzender
Frau Klibert, Evelyn	Seniorenbeirat
Herr Peichert, Lars	Behindertenbeirat
Frau Birgit Schneegold	Stv. Behindertenbeirat

Es fehlte entschuldigt:

Ratsherr Olaf Werner	
Ratsherr Detlef Stump	
Ratsfrau Anja Mandt	
Herr Volker Hasenmüller	Fahrradbeauftragter
Herr Klaus Schumacher	Stv. Fahrradbeauftragter

Von der Verwaltung:

Herr Marušić	III
Herr Amerkamp	61
Herr Dr. Hofbauer	61-01
Herr Brunken	63
Herr Noack	61-01/09, Protokollführer a.D.
Herr Mayer	61-01/09, Protokollführer

Gäste:

keine

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.04.2023
- 4 Verpflichtung Behindertenbeirat Herrn Lars Peichert zum beratenden Mitglied des Ausschusses für Planen und Bauen und seiner Stellvertretung Frau Birgit Schneegold
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schüler/innen und Rentner/innen **116/2023**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Haushaltsplan 2023/2024 - Teilhaushalt 361 Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.2 Haushaltsplan 2023/2024 - Teilhaushalt 363 Bauordnung
- 6.3 Maßnahmen des Teilhaushaltes 361 Stadtplanung und Stadterneuerung für das HSK
- 6.4 Maßnahmen des Teilhaushaltes 363 Bauordnung für das HSK
- 6.5 Wettbewerb Rambla
- 7 Öffentliche Anhörungen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums (8 stimmberechtigte Mitglieder) fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die TO wurde einstimmig angenommen.

- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.04.2023

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 12.04.2023 wurde einstimmig angenommen. (6 Ja, 2 Enthaltung)

4 Verpflichtung Behindertenbeirat Herrn Lars Peichert zum beratenden Mitglied des Ausschusses für Planen und Bauen und seiner Stellvertretung Frau Birgit Schneegold

Herr **Schön** begrüßte Herrn Peichert als Behindertenbeirat sowie Frau Schneegold als dessen Stellvertreterin in beratender Funktion für den Ausschuss für Planen und Bauen.

Es folgte die ordnungsgemäße Verpflichtung.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schüler/innen und Rentner/innen **116/2023**

Herr **Springbrunn** stellte die Vorlage ausführlich vor, die kostenfreie Nutzung soll auf die Personengruppen Schüler und Rentner mit Sozialausweis erfolgen. Mitwirkung und Beteiligung vieler Fachbereiche, die Kostenaufstellung war bereits in der Presse veröffentlicht.

Herr **Becker** kritisierte den Weg von Anträgen, die nicht eingehalten werden.

Herr **Schön** unterbrach Herrn Becker und erläuterte, dass hier eine Informationsvorlage an den Rat vorlag und dies nicht als Antrag verstanden werden dürfte.

Herr **Marušić** erklärte, dass der Antrag/Auftrag bearbeitet wurde und anschließend das Ergebnis als Informationsvorlage an den Rat ging, was auch im Interesse des Antragsstellers war.

Herr **Becker** verwies auf seinen Antrag im September 2022 und war weiterhin der Meinung, dass es sich um einen Antrag handelte, der als Antrag hier in die Sitzung müsste. Er bemängelte die späte Bearbeitung bzw. Rückmeldung und dass der Artikel der Wilhelmshavener Zeitung so nicht richtig ist bzw. nicht der Wahrheit entspreche. Er verwies auch auf andere Landkreise, die die kostenfreie Nutzung des ÖPNV bereits umsetzen würden.

Frau **Stromberg** bestätigte Herrn Beckers Aussage und hat den Sachverhalt deshalb nicht nochmals erläutert.

Herr **Dr. Schulte** entgegnete, dass es kein Prüfantrag, sondern ein ganz normaler Antrag gewesen sei und erläuterte dies. Es wurde ein eigener Antrag der Stadt erstellt und der ursprüngliche Antrag von Herrn Becker ging dabei anscheinend unter, dies sei ein Wettbewerbsverstoß.

Herr **Marušić** bekräftigte, dass die Stadt keine Anträge verschwinden lässt und las den Antrag vor. Die Stadt hat den Auftrag bekommen, die Zahlen wie gewünscht zu erstellen und diese Auswertung der Zahlen dann als Informationsvorlage in die Sitzung zu bringen. Nun sei es die Aufgabe von Herrn Becker bzw. dessen Fraktion zu entscheiden, in welchem Ausmaß der Antrag umgesetzt werden sollte.

Frau **Stromberg** bestätigte die Aussage von Herrn Marušić bezüglich des Prüfantrags.

Herr **Schön** meldete, dass Herr Becker den Antrag zurückgezogen hat.

Herr **Tönjes** findet eine Ausweitung der Personengruppe für zielführender und würde die Beantwortung der Informationen begrüßen und möchte den Antrag gerne retten bzw. übernehmen.

Herr **Schön** erläuterte, dass dies eine Informationsvorlage sei, und diese nun auch so behandelt werden sollte.

Herr **Marušić** erklärte, dass ein Antrag der Politik von einem der beiden Pläne erfolgen sollte (Entweder Aufnahme in Haushaltsplan oder Wirtschaftsplan) und dann entschieden werden sollte. (Umsetzungsfähigkeit mit Haushaltsmitteln)

Herr **Becker** bekräftigte, dass der Antrag zurückgezogen wurde, aber erneut ein entsprechender Antrag gestellt werde, nachdem man die vorgelegten Zahlen entsprechend berücksichtigt hat.

Beschluss:

Die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für alle SchülerInnen und RentnerInnen bzw. ältere EinwohnerInnen würde nach heutigen Tarifen Mehrkosten von jährlich 3.265.488,00 € für die Stadt verursachen.

Der Rat nimmt Kenntnis.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Haushaltsplan 2023/2024 - Teilhaushalt 361 Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr **Amerkamp** erläuterte ausführlich die Ansätze der Ergebnisplanung. Der größte Posten seien die Personalaufwendungen. Dieser Fachbereich sei immer ein Zuschussgeschäft aufgrund vieler gesetzlicher Pflichtaufgaben, ohne dass im Hintergrund Einträge oder Einnahmen generiert werden. Er erläuterte die Ergebnisse von 2021 und 2022 sowie die Ergebnisprognose der kommenden Jahre. Es wird versucht die Ergebnissituation stetig zu optimieren. Aufgrund städtebaulicher Verträge mit Investoren bzw. Bauherren können Kosten erstattet werden bzw. Erträge generiert werden.

Herr **Schön** hat Verständnisfragen bezüglich sonstiger ordentlicher Aufwendungen für 2023 (doppelt so hoch wie 2021) sowie die Ausgleichsabgaben für das Sanierungsgebiet westliche Südstadt. (Position 19 und 23)

Herr **Amerkamp** antwortete, dass dies durch einen Stellenzuwachs der Personalaufwendungen begründet und verwies weiter auf einen erhöhten

Aufwand bei Fachgutachten sowie Softwarelizenzen.

Herr **Dr. Hofbauer** erklärte, dass der aktuelle Stand der Daten derzeit nicht vorliege.

Herr **Schön** wünschte Auskunft dahingehend, in welcher Höhe mit der Einnahme von Ausgleichsbeträgen aus den Sanierungsgebieten zu rechnen ist.

Herr **Noack** führte aus, dass das Sanierungsgebiet „Westliche Südstadt“ zum 31.12.2024 beendet wird. Anschließend wird der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in 2025 mit der Ermittlung der sanierungsbedingten Bodenwertsteigerungen beauftragt. Die vorläufigen Zahlen seien von 2011 und veraltet, da die Bodenrichtwerte in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Die Ausgleichsbeträge dürften insgesamt etwa 4 Mio. € betragen, davon seien 1/3 an das Land und 1/3 an den Bund zurückzuerstatten.

Herr **Tönjes** kritisierte, dass Unterlagen bzw. Vorlagen nicht vorab der Öffentlichkeit zugänglich waren. Die Presse konnte sich seiner Meinung nach auch nicht vorbereiten.

Herr **Marušić** entgegnete, dass die Unterlagen eingestellt seien, auch die Teilhaushalte.

Herr **Tönjes** erwiderte, dass diese nur als Anlage für eingeloggte Benutzer sichtbar seien, somit aus seiner Sicht dadurch nicht öffentlich einsehbar.

Herr **Schön** erwähnte, dass die Stadt dies zur Kenntnis nehme.

Herr **Brandt** erklärte, dass die Informationen seitens Herrn Amerkamp die gestellten Fragen nicht beantwortet hätten und hier weiterer Informationsbedarf besteht. Beispielsweise Position 13 Personalanstieg und in 2025 wieder ein Abfall. Ebenfalls bei den sonstigen Aufwendungen Position 15 durch einen sehr hohen Anstieg von ca. 240.000 € und darauffolgend wieder zu den ursprünglichen Werten.

Herr **Amerkamp** verwies bei Position 13 Personalaufwendungen auf die Altersabgänge, die dort zu Buche schlagen. Es wird eine erhebliche Fluktuation geben, diese wird versucht aufzufangen. Bei der Position sonstige ordentliche Aufwendungen sind Neuanschaffungen von Geräten z.B. für die Geoinformation, Statistik, Vermessung notwendig, beispielsweise Plotter, Verkehrsüberwachungsgeräte oder Radargeräte. Durch Überalterung der Geräte ist irgendwann der Zeitpunkt erreicht, an dem eine Neuanschaffung der Wartung und Pflege wirtschaftlich vorzuziehen ist.

Herr **Dr. Schulte** fragte, ob im Haushaltsplan für das Sanierungsgebiet „westliche Südstadt“ die ca. 4 Mio. € nach Abgaben an Bund und Land dort bereits als Forderung bzw. Ertrag einbezogen worden sind.

Herr **Dr. Hofbauer** entgegnete, dass die Beträge noch nicht genau feststehen und deshalb noch nicht darin enthalten sind.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte, dass die Stadt um jeden Euro kämpfe und es seiner Meinung nach deshalb sinnvoll ist, eine so große Summe, auch wenn diese nicht genau feststehe, in den Planzahlen zu verankern.

Herr **Tönjes** fragte, ob durch Ratsbeschluss das Sanierungsgebiet sofort beendet werden könne und danach die unverzügliche Abrechnung der Ausgleichsbeträge erfolgen kann?

Herr **Marušić** erwiderte, dass aufgrund großer Maßnahmen (Bsp.: Straße Handelshafen, etc.) eine Beendigung der Sanierung zurzeit wenig sinnvoll ist.

Frau **Zaage** verwies nochmals auf die Aussage von Herrn Amerkamp bezüglich der Zeile 15 der so. Aufwendungen, dass Ausgaben auf z.B. Gutachten sich doch irgendwo in den Erträgen widerschlagen sollten. Die Stadt könne nicht 400.000 € an Dienstleistungen in Anspruch nehmen, ohne diese mit Erträgen wieder umlegen zu können.

Herr **Amerkamp** erläuterte, dass diese Ausgaben vor allem auch Geräte wie bereits vorher erwähnt beinhalten, die sich über die Jahre amortisieren. Die Anschaffungskosten diese Geräte liegen zum Teil 6-stelligen Bereich und fallen in dem Jahr der Anschaffung an, dienen aber über viele Jahre. Insgesamt würden theoretisch Gerätschaften für 1 Mio. benötigt, diese Anschaffungen werden aber „Stück für Stück“ versucht auf mehrere Jahre aufzuteilen. Diese Ausgaben werden durch innere Leistungsverrechnung teilweise wieder amortisiert.

Frau **Zaage** kritisiert für die Zukunft bei der Anschaffung von extrem teuren Geräten, dass Gerätepreise für alle Beteiligten/Laien als Informationen mit beigelegt werden sollten.

Herr **Müller** erwiderte, dass es sogar eine Entschuldung in der Kernverwaltung für mittelfristige Kredite (6 Mio.) für derlei Investitionen gibt.

Herr **Brandt** bekräftigte die Aussage von Frau Zaage und verlangt künftig ebenso eine kurze Notiz für die Einzelgeräte, die angeschafft werden.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte nochmals die Forderung (Sanierungsförderung, Ausgleichsbeträge) an, dass so der Haushalt dank fehlender Werte nicht richtig verstanden werden könne.

Herr **Marušić** antwortete, dass im Investitionsprogramm die investiven Maßnahmen des Fachbereiches Stadtplanung Stadterneuerung aufgezählt und auch die Ausgleichsbeträge als Einnahmen verbucht sind. Dort seien regelmäßig 125.000 € angesetzt worden. Ob am Ende eine deutliche höhere Forderung bzw. Einnahme zu kalkulieren seien, müsse dann die Stadterneuerung beantworten.

6.2 Haushaltsplan 2023/2024 - Teilhaushalt 363 Bauordnung

Herr **Brunken** erläuterte den Personalbedarf, die Haushaltsausgaben und die Schaffung und Besetzung einer neuen Stelle sowie eines weiteren Bauvorhabens, das noch angepasst werden muss.

Herr **Schön** fragte unter Bezug auf die ordentlichen Aufwendungen (Gutachterkosten insbesondere für Ingenieure etc.), ob es Sinn mache, eigene Ingenieure einzustellen und ebenso, ob das Personal ausreicht. In der Vergangenheit bestehende Personalprobleme sind bekannt und es stehen jetzt neue Bauprojekte an, die umgesetzt werden müssen.

Herr **Brunken** bestätigte, dass immer wieder externe Prüferingenieure für Baustatik beauftragt werden müssten und dies den Großteil der sonstigen

ordentlichen Aufwendungen ausmache. Ein Ingenieur kostet etwa 100.000 € im Jahr, daher mache es Sinn, einen weiteren Mitarbeiter für diese Aufgaben einzustellen. 2019 und 2020 waren sehr gute Jahre. Die Aufträge werden zunehmen, vor allem auch Großbauprojekte (z.B. TES, etc.). Es wird in dem Bereich künftig mehr Personal benötigt werden.

Herr **Schön** frage daraufhin, wie viel Personal genau benötigt wird?

Herr **Brunken** antwortete, dass ein zusätzlicher Industriesachbearbeiter gebraucht wird. Die Stelle sei im Stellenplan enthalten, eine weitere für die Bearbeitung von Rechtsbehelfen versuche man über Stellenanteile aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen zu generieren. Neue Stellen müssen nicht zwingend geschaffen werden.

Herr **Fischer** fragt im Haushaltsplan nach der Auflistung der Ingenieurleistungen, die vom Landkreis Niedersachsen ausgeglichen werden. (Einnahmeseite)

Herr **Müller** erläuterte zum Produkt 61.10.10, dass in den nächsten Jahren 4,18 Mio. € im Rahmen des Finanzausgleichs einzustellen sind. Es gibt Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Aufgabenzuweisungen des Wirkungskreises, diese seien separat ausgewiesen und werden nicht im Teilhaushalt aufgelistet. Diese Systematik sei vom Land vorgegeben, ansonsten seien diese in die Produkte gebucht worden.

Herr **Brandt** erklärte zum Stellenplan, dass dort FB 63 Bereich keine neuen Stellen geplant und auch keine Umwandlungen sichtbar sind. Er fragte, ob es eine Änderungsliste gibt?

Herr **Marušić** verneinte dies. Im Stellenplan gäbe es eine Differenz, diese möchte Herr Brunken ausnutzen, um die Stellen zu decken. In der Vergangenheit wurde immer geprüft, ob wir weitere Prüferingenieure benötigen. Es gab Jahre mit weniger Projekten. Künftig gehe er aber von guten Jahren aus.

Herr **Brand** fragte, ob eine neue Stelle eingebucht werden müsse?

Herr **Marušić** erläuterte, dass ab 2027 das Arbeitsvolumen für die Beschäftigung eines dritten Prüfers ausreichen wird. Die Einnahmen übersteigen dann die Ausgaben. Ob das allerdings für die Dauer über 4-5 Jahre hinaus der Fall ist könne man nicht garantieren. Der Grundgedanke war, die Zeitdifferenzen der gekürzten Teilzeitkräfte für die neue Stelle zu nutzen bzw. dadurch zu optimieren. So entfallen höhere Personalkosten. Es sei ein Antrag, den man befürworten könne.

6.3 Maßnahmen des Teilhaushaltes 361 Stadtplanung und Stadterneuerung für das HSK

Herr **Amerkamp** äußert es gäbe keine strukturellen Maßnahmen zur Umsetzung.

6.4 Maßnahmen des Teilhaushaltes 363 Bauordnung für das HSK

Herr **Brunken** äußerte ebenfalls keine Maßnahmen in der HSK Liste. Ergänzend wird mit erhöhten Einnahmen aufgrund der Projekte gerechnet.

6.5 Wettbewerb Rambla

Herr **Dr. Hofbauer** erläuterte die Abgabe des Wettbewerbs im 10. Februar. Es gab 18 Teilnehmer, 2 Wettbewerbsarbeiten wurden abgegeben. Die Qualität der Arbeiten war unbefriedigend, die Planungen unrealistisch, ein Konzept nicht erkennbar.

Es wurden allerdings einzelne Elemente herausgefiltert, die künftig zur Weiterentwicklung Rambla dienen können. Es gab nur Anerkennungen, aber keine Preise dafür.

6.6 Rodungsarbeiten Havermonikenstraße

Herr **Schön** führte aus, dass im Bereich der Havermonikenstraße kürzliche Rodungsarbeiten stattgefunden haben. Er fragte, ob dies durch die Stadt erfolgt ist oder wie man damit umgehen wird.

Herr **Marušić** gab Auskunft, dass die Stadt bereits Fotos gemacht hat und Ermittlungen für Hinweise auf den Verursacher von der unteren Naturschutzbehörde eingeleitet wurden. Die Rodung wurde nicht durch die Stadt Wilhelmshaven ausgeführt.

7 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand mangels Nachfrage nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:30 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in